parlamentsreport

Ausgabe
Nr. 23 – 2019

DIE LINKE.
Fraktion im Thüringer Landtag

2 Gleichstellungsgesetz in Kraft getreten
3 Die jüngste Abgeordnete im Landtag
4 Offener Brief an Landespräsidenten
5 Antrittsrede der Präsidentin Birgit Keller

Kommentar

Historisch

Foto: ©Landtagsfraktion DIE LINKE

Von Susanne Hennig-Wellsow
Fraktionsvorsitzende

Am 26. November wurde Birgit Keller zur neuen Präsidentin des Thüringer Landtags gewählt. Dies war ein historischer Tag. Erstmals in der bundesdeutschen Geschichte wurde eine LINKE Politikerin in dieses bedeutungsvolle Parlamentsamt gewählt. Wir gratulieren ihr aufs Herzlichste und wünschen ihr eine glückliche Hand für all die anstehenden politischen und gesellschaftlichen Herausforderungen.

Die mit klarer Mehrheit über die Stimmen der Abgeordneten von Rot-Rot-Grün hinaus erfolgte Wahl machte eindrucksvoll deutlich, dass Birgit Keller über Parteigrenzen hinweg anerkannt und geachtet ist. Über viele Jahre hat sich die Politikerin mit dem Parteibuch der LINKEN in verschiedenen Positionen einen äußerst respektablen Ruf erarbeitet - sowohl als Landtagsabgeordnete sowie als Nordhäuser Landrätin und auch als Ministerin für Infrastruktur und Landwirtschaft.

Ihre Erfahrungen als gesellschaftspolitische Brückenbauerin sind ein Gewinn für die parlamentarische Demokratie. In ihrer Antrittsrede hat Birgit Keller unterstrichen, wie sehr ihr die fraktionsübergreifende Arbeit am Herzen liegt, damit tragfähige Lösungen und Verabredungen getroffen werden können. In diesem Sinne werden wir Birgit Keller mit aller Kraft unterstützen. Dabei ist es unser gemeinsames Ziel, für alle Menschen in Thüringen ein gutes Leben zu ermöglichen und das Land weiter voranzubringen.

Landtag konstituiert

Birgit Keller zur Präsidentin des Thüringer Landtags gewählt

Vor zahlreichen Gästen, darunter viele ehemalige Abgeordnete, konstituierte sich am 26. November der 7. Thüringer Landtag. Die Fraktion DIE LINKE hatte die bisherige Thüringer Ministerin für Infrastruktur und Landwirtschaft, Birgit Keller, für das Amt der Landtagspräsidentin vorgeschlagen.

Weitere Wahlvorschläge gab es seitens der anderen Fraktionen nicht. In Anwesenheit aller 90 Abgeordneten wurde Birgit Keller schließlich im ersten Wahlgang mit der Mehrheit von 52 Ja-Stimmen (28 Nein, 10 Enthaltungen) zur neuen Landtagspräsidentin gewählt. *(Auf Seite 5 dieses Parlamentsreports Auszüge aus der Antrittsrede von Birgit Keller).*

Außerdem gewählt wurden die weiteren Vizepräsidenten des Landtags. Bereits im Vorfeld hatte sich das Parlament auf eine Erweiterung des Vorstandes von zwei auf nunmehr fünf Vizepräsidenten geeinigt. Jede Fraktion soll demnach einen Vizepräsidenten bzw. eine Vizepräsidentin stellen, ausgenommen der Fraktion, die bereits den Präsidenten bzw. die Präsidentin stelle. Die Zuschüsse für die bislang zwei Ämter sollen nun auf alle fünf Vizepräsidenten aufgeteilt werden.

Vorgeschlagen hatten die Fraktionen die Abgeordneten Tosca Kniese (AfD), Henry Worm (CDU), Dorothea Marx (SPD), Astrid Rothe-Beinlich (B90/DIE GRÜNEN) sowie Dirk Bergner (FDP). Lediglich die Abgeordnete Kniese erhielt nicht die erforderliche Mehrheit der Ja-Stimmen. Die Fraktion der AfD verzichtete auf einen zweiten Wahlgang.

Die Abgeordneten der LINKEN verweisen darauf, dass Kniese in Eisenach und in sozialen Netzwerken immer wieder islamfeindlich auftritt, sich mit FPÖ-Politikern traf, die Verbindungen zur Naziszene haben, darunter Hans-Christian Strache, der in Militärkleidung mit Nazis trainierte, ließ sich vor einem Panzer mit AfD-Fahne ablichten, führte ohne Gerichtsbeschluss in Selbstjustiz Privatfahndungen durch und setzte sich über die Regelungen der Strafprozessordnung hinweg, auf Facebook drückte sie ihre Sympathie für den extrem rechten Flügel von Bernd Höcke aus.

In der Landtagssitzung wurden zudem der Bürgerbeauftragte gewählt sowie weitere Personalien entschieden. Zur Wahl des Bürgerbeauftragten stand mit dem Wahlvorschlag der CDU als einziger Kandidat der bislang amtierende Bürgerbeauftragte des Freistaats Thüringen, Dr. Kurt Herzberg. Der gebürtige Eichsfelder und promovierte Theologe wurde mit der Mehrheit von 71 Ja-Stimmen (7 Nein, 12 Enthaltungen) wiedergewählt.

Die nächsten regulären Plenarsitzungen finden am 11. und 12. Dezem-

Angriffe auf Gemeinnützigkeit beenden

Wichtige Arbeit von gesellschaftspolitisch aktiven Vereinen wie dem VNN-BdA e.V.

Zunehmend wird Vereinen wegen ihrer politischen Betätigung die Gemeinnützigkeit aberkannt. „Nach Attac, Campact und dem Demokratischen Zentrum Ludwigsburg wurde nun auch der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten (VNN-BdA e.V) die Gemeinnützigkeit entzogen. Viele dieser zivilgesellschaftlichen Organisationen leisten einen wichtigen Beitrag zur politischen Willensbildung und für eine gerechte Gesellschaft. Die Angriffe auf die Gemeinnützigkeit, teils auch mit haltlosen Unterstellungen, bedrohen viele Vereine in ihrer Existenz. Wir fordern dazu auf, diese Attacken einzustellen und die wichtige gesellschaftliche Arbeit der Vereine anzuerkennen“, sagte Susanne Hennig-Wellsow, Fraktions- und Landesvorsitzende der LINKEN.

Und Katharina König-Preuss, Sprecherin für Antifaschismus, warnte mit Blick auf den 75. Jahrestag der Befreiung vom Faschismus im nächsten Jahr: „Gerade in Zeiten des gravierenden Rechtsrucks dem VNN/BdA zu unterstellen, er wäre nicht gemeinnützig, halte ich für gefährlich. Der VNN/BdA, der von Überlebenden aus Konzentrationslagern und Gefängnissen 1947 gegründet wurde, leistet umfangreiche Aufklärungs- und Bildungsarbeit, engagiert sich für die Errichtung von Gedenkstätten, Erinnerungsorten, Zeitzeugenarbeit und den Austausch über aktuelle Entwicklungen in der extrem rechten Szene. Durch den Entzug der Gemeinnützigkeit kommen erhebliche Nachforderungen auf den Verein zu, von denen eine fünfstellige Summe noch in diesem Jahr fällig würde, und den VVN-BdA in seiner Existenz bedroht.“ Die beiden Abgeordneten bekräftigten, dass Vereinen, die sich für eine demokratische und offene Gesellschaft einsetzen, keine Steine in den Weg gelegt werden sollten, sie brauchen vielmehr die volle Unterstützung.

Foto: ©Linksfraktion Thüringen

Winterabschiebestopp

Unterstützung

Für Schutzsuchende ist die unfreiwillige Rückkehr in ihr Herkunftsland oft verbunden mit Armut und Obdachlosigkeit. Dies stellt besonders in den Wintermonaten ein erhebliches Risiko für die Gesundheit, wenn nicht sogar für das Leben dar. Hier müssen das Recht auf körperliche Unversehrtheit und menschenwürdige Lebensbedingungen gewährleistet werden. Daher ist die Forderung des Thüringer Flüchtlingsrates nach einem umfassenden Winterabschiebestopp in jene Länder, in denen für Betroffene eine Bedrohung für Gesundheit und Leben besteht, nur zu unterstützen.

Wie auch in den vergangenen Jahren ist es zwingend notwendig, einen Winterabschiebestopp bis März kommenden Jahres in Kraft zu setzen. Ich werde mich dafür einsetzen, dass die Landesregierung wie in den vergangenen Jahren einen Winterabschiebestopp erlässt.

Nach den geltenden Regelungen bleibt in eng begründeten Einzelfällen nur dann die Möglichkeit, Betroffene auch im Winter abzuschieben, wenn eine Rückkehr in Würde und Sicherheit möglich ist. Dies ist ein guter Anfang, jedoch ergibt sich daraus kein Rechtsanspruch für die Betroffenen. Ein umfassender Winterabschiebestopp ohne diese vorgenannten Ausnahmen sollte das Ziel sein.

Patrick Beier ist Sprecher der Fraktion DIE LINKE für Migrationspolitik

Inklusion und Gleichstellung behinderter Menschen

Neues Thüringer Gesetz ist am 1. Dezember in Kraft getreten

„Mit dem am 1. Dezember in Kraft getretenen neuen ‚Thüringer Gesetz zur Inklusion und Gleichstellung von Menschen mit Behinderungen‘ gibt es für sie zahlreiche Verbesserungen im Alltag“, so Karola Stange, behindertenpolitische Sprecherin der LINKE-Fraktion. „Rot-Rot-Grün hat es geschafft, für Thüringen ein modernes Gesetz zu machen, das die selbstbestimmte Lebensführung behinderter Menschen im Land und ihre gleiche Teilhabe am Leben in der Gesellschaft erheblich stärkt.“

Karola Stange verwies mit Blick auf das neue „Thüringer Gesetz zur Inklusion und Gleichstellung von Menschen mit Behinderungen“ auf die hier verankerten verstärkten Verpflichtungen zu umfassender Barrierefreiheit. Dies gelte nicht nur in baulicher Hinsicht, sondern auch was das wichtige Thema der fortschreitenden Digitalisierung in der Kommunikationsgesellschaft betreffe. In diesem Zusammenhang seien nicht zuletzt auch die Fortschritte bei der Verwendung der Gebärdensprache und von Leichter Sprache zu nennen.

„Das neue Gesetz erleichtert für behinderte Menschen die Gegenwehr gegen Diskriminierungen und Benachteiligungen im Alltag, weil es nun - entsprechend einer langjährigen Forderung aus dem außerparlamentarischen Bereich – das Verbandsklagerecht gibt. Betroffene müssen zukünftig nicht mehr als Einzelkämpfer*innen losziehen, sie können sich die Rückendeckung durch Verbände und Organisationen sichern“, nannte die Landtagsabgeordnete einige der weiteren Neuerungen.

Nun sei es wichtig, „dass wir uns so schnell und intensiv wie möglich auch um die umfassende Umsetzung des ‚Thüringer Gesetzes zur Inklusion und Gleichstellung von Menschen mit Behinderungen‘ in das Alltagsleben der Menschen kümmern“. Den Auftakt dazu machte am 3. Dezember ein weiteres Treffen des außerparlamentarischen Bündnisses zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention in Thüringen.

Im Übrigen stärkt das neue Gesetz auch die Funktion des Landesbehindertenbeauftragten und damit die Interessenvertretung behinderter Menschen in Thüringen. Der Landesbehindertenbeauftragte wird nunmehr im Dezember-Plenum des Landtags zum ersten Mal von den Landtagsabgeordneten gewählt und von der Landtagspräsidentin ernannt und erhält auch mehr Handlungsmöglichkeiten als bisher.

Mit Blick auf den 3. Dezember, dem Internationalen Tag der Menschen mit Behinderung, der von der UN als Aktionstag ausgerufen wurde, um das Bewusstsein der Öffentlichkeit für die Probleme von behinderten Menschen zu schärfen und den Einsatz für die Würde, die Rechte und die gleiche Teilhabe behinderter Menschen zu fördern, bekräftigte Karola Stange: „Wir haben in Sachen Inklusion behinderter Menschen schon Wichtiges geschafft, aber bis dieses Ziel wirklich erreicht ist, gibt es noch viel zu tun.“

Im Foto das letzte Treffen des außerparlamentarischen Bündnisses zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention in Thüringen, das auf Einladung der Linksfraktion am 5. Juli im Landtag stattgefunden hatte.

„Nutze den Tag“

Lena Saniye Güngör ist die jüngste Abgeordnete im Thüringer Landtag

Güngör? Güngör! Das ist türkisch und heißt übersetzt „siehe den Tag“. Carpe Diem ist (auch) Programm. Lena Saniye Güngör ist die jüngste Abgeordnete im Thüringer Landtag - und sie ist die einzige im Parlament, die einen Namen trägt, der hör- und sichtbar aus dem nichtdeutschen Sprachraum stammt. Und auch Lenas zweiter Vorname Saniye weist auf die türkischen Wurzeln hin.

Ja“, sagt die über die Landesliste DIE LINKE gewählte Abgeordnete, „ich bin 1993 als Kind türkisch-deutscher Eltern in Dortmund geboren. Bildung war bei uns zu Hause immer ein Wert in sich. 2012 machte ich das Abitur. Dann studierte ich Psychologie in Chemnitz und Jena, machte den Bachelor und den Master.“ Parallel schloss sie das Studium in Ethik und Konfliktmanagement ab, ebenfalls mit einem M.A.-Titel.

Lena Güngör hat sich immer gern und viel mit politischen Themen auseinandergesetzt. Außerparlamentarische Arbeit war für sie wichtig. Früh merkte sie, dass das jedoch in sich begrenzt ist - außerparlamentarisch eben. Im Zuge der Bundestagswahl 2017 machte sie ein Praktikum beim wissenschaftlichen Dienst des Deutschen Bundestages. „In einem so hochpolitischen Raum zu einer so hochpolitischen Zeit konnte ich mich der Frage nach meinem Engagement in einer politischen Partei nicht entziehen. Ich bin in DIE LINKE eingetreten und habe tatsächlich noch die letzte Woche im Bundestagswahlkampf mitgemacht.“

#LenaFürJena: Nur wenig später wurde sie Spitzenkandidatin für DIE LINKE in Jena. Gleichzeitig kandidierte zur Ortsteilbürgermeisterin Jena-Zentrum. Ihre Kontrahentin von den GRÜNEN gewann, Lena holte den sehr beachtlichen zweiten Platz. „Ich freue mich, wenn ich auch durch meinen Nachnamen darauf aufmerksam machen kann, dass es in Thüringen zigtausende Menschen migrantischen Ursprungs gibt, die in diesem Land leben und arbeiten. ‚Willkommen in Thüringen‘ buchstabiere ich auch so, dass diese Menschen angemessen und gerecht parlamentarisch vertreten werden. Die Tatsache, dass ich mit den zweitmeisten Stimmen in den Jenaer Stadtrat eingezogen bin, hat mir gezeigt, dass die Wählerinnen und Wähler mich anerkennen - und dass sie von mir als Person für diese Partei mit diesem Programm etwas halten. Übrigens unabhängig davon, ob ich jung bin oder nicht.“

Jena ist eine Stadt, die wächst. „Wohnen“ ist darum dort ein zentrales Thema - die Frage nach bezahlbaren Mieten steht weit oben auf der Agenda der Abgeordneten im Jenaer Stadtrat. Und es beschäftigt sie die Mobilität. „Wenn ich nicht das Privileg habe, in zentraleren Bereichen zu wohnen und trotzdem zur Arbeit, zur Uni, zur Ausbildung pendeln muss“, sagt Lena, „dann steht doch die Frage, wie der ÖPNV kostengünstig und attraktiv gestaltet wird - als tatsächliche Alternative zum individuellen Nahverkehr“.

Lena Saniye Güngör möchte, dass die Gesellschaft einen solidarischen Umgang lebt und pflegt. „Das heißt für mich, dass ich ganz klar Stellung gegen die soziale Spaltung in Thüringen und anderswo beziehe. Konkret bedeutet das für mich auch, gegen die vielen Benachteiligungen, die die Menschen in Ostdeutschland erfahren, zu handeln. Ich fordere eine Treuhand-Enquetekommission und freue mich als Vorsitzende der Rosa-Luxemburg-Stiftung Thüringen, dass wir eine Ausstellung zum Thema realisieren konnten. Wer gegen soziale Spaltung handelt, handelt auch immer gegen Rechts. Ich möchte in einer offenen, bunten und solidarischen Gesellschaft leben.“

Lena Saniye Güngör wird für die Linksfraktion Sprecherin für Arbeits- und Gewerkschaftspolitik. Sie freut sich auf diese Aufgabe, sucht den Kontakt zu sozialen Bewegungen und will schnell in die großen Fußabdrücke, die Ina Leukefeld hinterlässt, hineinwachsen.

Die erste Bewährungsprobe hat sie schon hinter sich. Sie war bei der Konstituierung des 7. Thüringer Landtags als jüngste Abgeordnete Schriftführerin im Parlament, saß neben der frischgewählten Landtagspräsidentin Birgit Keller. Auch diese Aufgabe hat sie souverän bewältigt.

Carpe Diem! Herzlich willkommen im Thüringer Landtag, Lena! Herzlich willkommen in der Fraktion DIE LINKE.

Rainer Benecke

Berechtigte Forderungen

Anlässlich der Traktoren-Sternfahrt nach Berlin hatte die Landwirtschaftspolitikerin der Linksfraktion, Marit Wagler, einen Kurswechsel in der Agrarpolitik gefordert. „Immer mehr Handelsabkommen haben in den letzten Jahren dafür gesorgt, dass Industrieprodukte zu besseren Konditionen exportiert werden können. Im Gegenzug wurden landwirtschaftliche Produkte, wie Zucker oder Rindfleisch, zu Bedingungen auf den europäischen Markt gelassen, zu denen man sie hier und auch anderswo gar nicht umweltverträglich produzieren kann.“

Die berechtigten gesellschaftlichen Forderungen nach mehr Tierwohl und Reduktion des Einsatzes von Pflanzenschutzmitteln oder Antibiotika lassen sich aus Sicht der Landtagsabgeordneten der LINKEN nur erfüllen, wenn Landwirte die dazu notwendigen Investitionen und höheren betrieblichen Aufwendungen durch vernünftige Preise für ihre Produkte refinanzieren können.

„Der Wettbewerb zu Weltmarktbedingungen ohne vergleichbare Standards und die ruinösen Preisverhandlungspraktiken der großen Handelsketten führen am Ende dazu, dass die Erzeugung gesunder regionaler Lebensmittel fast unmöglich gemacht wird. Hinzu kommt, dass landwirtschaftliche Nutzflächen als sichere Geldanlage mit guter Verzinsung genutzt werden, was die Pachtpreise enorm ansteigen lässt. Kein Landwirt kann mit den Finanzmitteln von Bodenspekulanten mithalten!“, befürchtet die Agrarpolitikerin.

Marit Wagler kündigte in dem Zusammenhang an, nach der Konstituierung des neuen Agrarausschusses im Thüringer Landtag initiativ zu werden, um die berechtigten Interessen der Landwirtinnen und Landwirte in die Reform der gemeinsamen Agrarpolitik der EU einfließen zu lassen und das gesetzliche Boden-Vorkaufsrecht für Landwirte zu stärken.

» Neugründungen

In Thüringen ging die Anzahl der Gewerbeanmeldungen in den ersten acht Monaten 2019 gegenüber dem gleichen Zeitraum des Vorjahres um 0,9 Prozent auf 7.668 Anzeigen zurück. Rund vier Fünftel waren nach Mitteilung des Landesamtes für Statistik Neugründungen (6.322). Mit 2.060 Frauen gab es 2,2 Prozent mehr Neugründerinnen als im Vorjahr. Rund ein Viertel dieser Frauen (500) gründeten neue Betriebe im Bereich „Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen“, knapp ein Fünftel im Bereich der Erbringung sonstiger Dienstleistungen. Zu diesen Dienstleistungen gehören zum Beispiel Wäschereien, Frisör- und Kosmetiksalons sowie Solarien.

» Bildungsrat

Zur Diskussion um die Zukunft des Nationalen Bildungsrates nach dem Ausstieg von Bayern und Baden-Württemberg erklärte Thüringens Minister für Bildung, Jugend und Sport, Helmut Holter: „Wir müssen stärker zusammenarbeiten, nicht weniger. Es geht schließlich um die Bildungschancen aller Kinder in Deutschland. Dank der Südländer haben wir nun anderthalb verlorene Jahre für unsere Schulen. Viel Kraft und Zeit wurden für die Diskussion um einen Bildungsrat verschenkt. Ein Bildungsstaatsvertrag, den Bayern und Baden-Württemberg immer gewollt haben, darf nur ein Ziel haben: Mehr Vergleichbarkeit und eine Harmonisierung aller Bildungsabschlüsse.“

»SuedOstLink

„Es ist zu begrüßen, dass der Stromnetzbetreiber ‚50Hertz Transmission GmbH‘ mit Bürgerinnen und Bürgern über den künftigen Trassenverlauf des SuedOstLink diskutieren möchte. Bürgerbeteiligung darf man es aber nicht nennen. Denn wir stehen kurz vor Beginn des Planfeststellungsverfahrens, was bedeutet, dass an der Frage, ob die Trasse überhaupt kommen muss, wahrscheinlich nicht mehr gerüttelt werden kann“, sagte der energiepolitische Sprecher der Linksfraktion im Thüringer Landtag, Daniel Reinhardt, und unterstrich, dass nach seiner Überzeugung die Trasse grundsätzlich gar nicht notwendig wäre und keine nachhaltige Energiepolitik ist.

Die neue Thüringer Familienförderung

Landesprogramm „Solidarisches Zusammenleben der Generationen“ hat sich etabliert

Die neue Familienförderung durch das Landesprogramm ‚Solidarisches Zusammenleben der Generationen‘ hat sich in den Thüringen Landkreisen und kreisfreien Städten etabliert und kommt bei den Familien zielgenau an“, freut sich Cordula Eger, Sprecherin für Familie und Senioren der LINKE-Landtagsfraktion.

Bis Mitte November 2019 hatten alle 23 Landkreise und kreisfreien Städte einen Antrag auf Förderung im Rahmen des neuen Landesprogrammes gestellt – 16 Landkreise in Stufe 3, sechs Landkreise in Stufe 2, nur der Landkreis Greiz bleibt auf der niedrigsten Stufe 1.

Für das Jahr 2020 stehen den Landkreisen und kreisfreien Städten im Landeshaushalt vier Millionen Euro zusätzlich und damit insgesamt ca. 15 Millionen Euro (inklusive Sonderprogramm Thüringer Eltern-Kind-Zentren) zur Verfügung.

„Es ist mir ein besonderes Anliegen, dass Familien wirksam gefördert, begleitet und wo nötig unterstützt werden. Mit dem Landesprogramm werden familienpolitische Leistungen zielgenauer erbracht. Sie orientieren sich am tatsächlichen Bedarf vor Ort“, sagte Cordula Eger.

Als bespielgebend für Thüringen nannte die Landtagsabgeordnete den Unstrut-Hainich-Kreis, wo im Kreistag ein fachspezifischer Gesamtplan für Familienförderung im Unstrut-Hainich-Kreis für die Jahre 2019 bis 2023 beschlossen wurde. Mit der Fortschreibung der bisherigen 19 Maßnahmen und der Planung fünf neuer Maßnahmen familienpolitischer Leistungen stelle das Land Thüringen dem Landkreis für das nächste Jahr fast eine Million Euro (915.914,57 Euro) zur Verfügung.

„Es ist wichtig und auch richtig, neue Maßnahmen im Bereich Gesundheitsförderung, Förderung der Mobilität im ländlichen Raum, Pflegeberatung und Unterstützungsangebote im Alter auf den Weg zu bringen. Zum einen, weil der Bedarf da ist, wie auch eine Einwohner*innenbefragung im Unstrut-Hainich-Kreis ergeben hat, aber vor allem, um weiter den ländlichen Raum zu stärken. Mit dem Gesamtplan wird ein Herzstück besserer und gerechterer Familien- und Sozialpolitik umgesetzt. Im Zuge einer guten Familienpolitik wächst das solidarische Miteinander der Generationen“, so Cordula Eger.

Seit fast einem Jahr ist die Neustrukturierung der Familienförderung in Thüringen durch ein neues Gesetz und ein neues Landesprogramm (LP Solidarisches Zusammenleben der Generationen) geregelt. Dies war notwendig, weil vielen Beteiligten, die in der Familienpolitik tätig sind, klar war, dass die demografische Entwicklung in Thüringen besondere Herausforderungen von uns verlangt, gerade auch, wenn es um die Sorge nicht nur von Kindern geht, sondern auch, wenn es um ältere Menschen geht.

Die veränderten Rahmenbedingungen für Familien und die Besonderheiten des ländlichen Raums in Thüringen hatten die rot-rot-grüne Landesregierung veranlasst, familienpolitisch umzudenken. Das Programm setzt eine Familienförderung um, die bedarfsgerecht ist, die räumlich angepasst ist, die strategisch geplant wird und die vor allem handlungsübergreifend arbeitet. Es wird also auf innovative Weise die Familienförderung kommunal neu auf den Weg gebracht, ausgehend von der örtlichen Bedarfsplanung und begleitet von einer integrierten Sozialplanung.

Welt-AIDS-Tag

Vorurteile streichen

Der jetzt wieder stattgefundene Welt-AIDS-Tag unter dem Motto „Streich die Vorurteile!“ hat leider noch nichts an Bedeutung verloren. „Oft ist es fehlendes oder veraltetes Wissen über HIV und AIDS und damit verbunden die Angst vor einer Ansteckung, welche bis hin zu Ausgrenzung, Stigmatisierung und Diskriminierung führen. Aufklärung und die Stärkung der Akzeptanz sind wichtig, damit Menschen mit HIV ohne Einschränkungen gleichwertig in unserer Gesellschaft leben können, betonte Karola Stange, die sozialpolitische Sprecherin der Linksfraktion.

Im Thüringer Landesprogramm für Akzeptanz und Vielfalt sind notwendige und wichtige Forderungen enthalten, um die Situation von Menschen mit HIV zu verbessern. Dazu gehört die Erfassung und strukturelle Behebung von Diskriminierung ebenso wie eine umfassende Beratungs- und Begleitstruktur. „Die Thüringer AIDS-Hilfe leistet einen unersetzbaren Beitrag zur Prävention, Aufklärung und Beratung. Sie muss auch künftig die notwendige Unterstützung des Landes erfahren. Mit der Etablierung von weiteren Beratungs- und Anlaufstellen, wie zum Beispiel queeren Zentren, kann eine umfassende Unterstützungsstruktur erreicht werden. Denn diese Zentren dienen auch der Förderung von Selbsthilfe und Selbstorganisation von Menschen mit HIV. Ich unterstütze die Forderung, ein solches Zentrum auch in Erfurt zu gründen, ausdrücklich – sowohl auf kommunaler als auch auf landespolitischer Ebene“, sagte Karola Stange.

Scientists for Future

Offener Brief von LINKE-Abgeordneten an Landespräsidentenkonferenz

Mit einem offenen Brief an die Landespräsidentenkonferenz, einen Zusammenschluss der zehn staatlichen Thüringer Hochschulen, unterstützten Lena Saniye Güngör, Katja Maurer und Christian Schaft, Mitglieder der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag, das Anliegen einer Hochschulstreikwoche der Students for Future auch in Thüringen, die in der Zeit vom 25. bis 29. November stattgefunden hatte. „In dieser Krisenzeit sehen wir in der geforderten Public Climate School und dem Hochschulstreik nicht nur eine Notwendigkeit, sondern auch eine Chance, dass Hochschulen als Labore für nachhaltige Zukunft noch weiter in die Gesellschaft ausstrahlen können“, betonten die Abgeordneten.

Die Landespolitiker der LINKEN machten deutlich: „Mit Forschungsschwerpunkten, beispielsweise in den Bereichen Green Tech, Energieeffizienz, Speichertechnologien sowie nachhaltiges und klimafreundliches Bauen und Stadtplanung, leisten die Hochschulen bereits einen wichtigen Beitrag. Es ist eine gute Grundlage, um die Hochschulen gemeinsam in der Aktionswoche zu Laboren der Zukunft zu machen.“

In dem Brief an die Mitglieder der Thüringer Landespräsidentenkonferenz heißt es u.a.: „Nicht zuletzt sind es die Hochschulen und Forschungseinrichtungen, die sich im Geiste von Freiheit und Verantwortung für die Verbesserung der Lebens- und Umweltbedingungen leiten lassen und die Grundsätze nachhaltiger Entwicklung achten sollen und wollen. Und viele Wissenschaftler*innen tun dies bereits. Die Scientists for Future, als ein überinstitutioneller, überparteilicher und interdisziplinärer Zusammenschluss von Wissenschaftler*innen, die sich für eine nachhaltige Zukunft engagieren, unterstützen das Anliegen vieler insbesondere junger Menschen, die beim Klimastreik am 20.09.19 und wöchentlich Freitag für Freitag auf die Straße gehen, um auf die historisch beispiellose Klima-, Biodiversitäts- und Nachhaltigkeitskrise, welche die Menschheit vor globale Herausforderungen stellt, aufmerksam zu machen und die Politik zum Handeln zu bewegen. Es sind Wissenschaftler*innen, die sich in der Pflicht sehen, öffentlich und proaktiv ihre Stimme zu erheben. Und auch die Studierenden erheben ihre Stimme. Motiviert und angetrieben durch die mit Schüler*innenprotesten gestartete Bewegung Fridays for Future sind sie ebenso aktiv geworden, haben Ortsgruppen von Students for Future gegründet.

Auch die Studierenden sehen sich angesichts der Dramatik der Situation zu einem entschlossenen, außerplanmäßigen Handeln verpflichtet“, schrieben die Abgeordneten.

Die Erste - Birgit Keller

Auszüge aus der Antrittsrede der neuen Thüringer Landtagspräsidentin (DIE LINKE)

Erster Tagesordnungspunkt bei der Konstituierung des 7. Thüringer Landtags am 26. November war die Wahl der Landtagspräsidentin. Die Fraktion DIE LINKE hatte die bisherige Thüringer Ministerin für Infrastruktur und Landwirtschaft, Birgit Keller (Wahlkreis Nordhausen I), vorgeschlagen. Weitere Wahlvorschläge gab es seitens der anderen Fraktionen nicht. In Anwesenheit aller 90 Abgeordneten wurde Birgit Keller schließlich im ersten Wahlgang mit der Mehrheit von 52 Ja-Stimmen (28 Nein, zehn Enthaltungen) zur neuen Landtagspräsidentin gewählt. Ein Ereignis, das bundesweit für einige Beachtung gesorgt hatte. Die erste Landtagspräsidentin der LINKEN in der bundesdeutschen Geschichte. Und was für eine!

Foto: ©Thüringer Landtag

So schrieb die Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ): „Keller gilt als verbindlich und kompetent, auch das Wort ‚Brückenbauerin' fällt oft im Zusammenhang mit ihrem Namen. Das ist ziemlich genau die Funktion, die der Landtag in Erfurt mit seinen sechs Fraktionen und uneindeutigen Mehrheitsverhältnissen in den kommenden fünf Jahren ganz besonders brauchen dürfte."

Dies wurde auch in der Antrittsrede von Birgit Keller deutlich, aus der wir hier Auszüge dokumentieren: Ich möchte all denjenigen sagen, die mir heute ihre Stimme nicht gegeben haben: Ich werde versuchen, das Beste zu geben, denn ich sehe mich als die Präsidentin für den gesamten Thüringer Landtag. In diesem Sinne unparteiisch werden die Regelungen unserer Verfassung und der Geschäftsordnung dieses Landtages von mir in gleicher Weise auf alle Abgeordneten dieses hohen Hauses angewandt werden. Im 7. Thüringer Landtag sind erstmals in der jüngeren Geschichte des Freistaates sechs Fraktionen vertreten. Die parteipolitische und wohl auch die politische Vielfalt im Hohen Haus sind daher so ausgeprägt wie nie.

Auf den Tag genau heute vor 30 Jahren verfassten Christa Wolf und andere den Aufruf „Für unser Land", der am 28. November 1989 durch Stefan Heym und weitere der Presse vorgestellt wurde. Am gleichen Tag stellte Bundeskanzler Helmut Kohl sein „Zehn-Punkte-Programm" vor, in dem erstmals die Möglichkeit der Wiedervereinigung angesprochen wurde. Der Aufruf „Für unser Land" wurde bis Januar 1990 von mehr als einer Million DDR-Bürgerinnen und DDR-Bürgern unterzeichnet, darunter auch von Lothar de Maizière. Nach der Volkskammerwahl verhandelte er als frei gewählter Ministerpräsident der DDR die Wiedervereinigung, die am 3. Oktober 1990 in Kraft trat. Allein diese beiden Ereignisse des 26. und 28. Novembers 1989 zeigen die Offenheit der damaligen Entwicklung. Die Dynamik dieses Aufbruchs und die Wucht der Friedlichen Revolution waren zu diesem Zeitpunkt bereits unumkehrbar.

„Ich habe mich für das Engagement entschieden"

Der Herbst 1989 und der Zeitraum bis zur Volkskammerwahl 1990 gehören für viele Ostdeutsche nicht nur meines Jahrgangs zu den aufregendsten Monaten des Lebens. Wir hatten kleine Kinder, standen mitten im Berufsleben und erlebten diese Zeit des Wandels mitten im eigenen Wandel. Bis dahin unhinterfragte Wahrheiten wurden nun öffentlich infrage gestellt. Neues Denken zog ein und es gab völlig neue Instrumente der Einflussnahme und Partizipation.

Meine hauptberufliche Tätigkeit für die FDJ und die SED, die 1990 endete, stellte mich vor die Frage, ob ich mich ins Privatleben zurückziehen oder mich politisch engagieren soll. Ich habe mich für das Engagement entschieden. Zuerst am Runden Tisch in Nordhausen. Dann über viele Jahre in der Kommunalpolitik. Ich habe in diesem 30. Jahr der Friedlichen Revolution ziemlich genau die Hälfte meines bisherigen Lebens in der DDR verbracht; den anderen Teil in unserer Bundesrepublik.

Ich habe Verantwortung übernommen. Als Mitglied dieses Landtages, als Landrätin, in den vergangenen fünf Jahren als Ministerin für Infrastruktur und Landwirtschaft. Als Vertreterin der Partei, der ich vor 1989 angehörte und deren Nachfolgestrukturen ich seitdem angehöre, habe ich mich nie der Verantwortung entzogen, das SED-Unrecht in der DDR klar zu benennen. Der Respekt vor den Opfern von DDR-Unrecht ist und bleibt eine der Grundlagen meiner Arbeit als Präsidentin des Thüringer Landtages.

Der tägliche Einsatz für unsere Demokratie gehört zu den weiteren Grundlagen unserer aller Arbeit. Daran erinnern wir nicht nur im 30. Jahr der Friedlichen Revolution. Sondern auch im kommenden Jahr, wenn wir gemeinsam sowohl die Gründung des Landes Thüringen vor 100 Jahren und die Wiedergründung des Freistaates vor 30 Jahren als auch den 75. Jahrestag der Befreiung vom Nationalsozialismus begehen werden. Diese Jubiläen sind Anlass zum Nachdenken über unsere Geschichte, über die Brüche und über die Fragilität unserer demokratischen Institutionen, deren Stabilität wir durch unser Handeln bilden.

Thüringer Parlamentarismus

In der Bibliothek dieses Hohen Hauses finden Sie die einige Jahre lang erschienene Reihe „Schriften zur Geschichte des Parlamentarismus in Thüringen". 1992 erschien im ersten Heft ein Abriss über 175 Jahre Thüringer Parlamentarismus. Darin ist unter anderem die Zeit der 5. bis zur 7. Wahlperiode des Thüringer Landtages von 1929 bis 1933 beschrieben. Diese Wahlperioden waren geprägt von der bewussten Lähmung der parlamentarischen Arbeit bis zu ihrer Abschaffung durch diejenigen, die nach der sogenannten Machtergreifung der Nationalsozialisten für die politische Verfolgung Thüringer Abgeordneter wie Karl Barthel, August Baudert, Hermann Brill, August Fröhlich und Karl Hermann und den Tod von Parlamentariern wie Helene Fleischer oder Theodor Neubauer verantwortlich waren.

Mit Respekt und Würde begegnen

Im Lichte dieser Erfahrungen formulierte Ricarda Huch am 22. Juni 1946 bei der Sitzung des sogenannten Thüringer Vorparlaments: „Demokratie ist Sache der Gesinnung. Sie mag formal noch so sorgsam ausgewogen sein, sie wird sich nicht als Volksfreiheit, was sie sein will, auswirken, wenn nicht Rechtsgefühl, Pflichtgefühl und Verantwortungsgefühl im Volk lebendig sind mit diesen verbunden Selbstbewusstsein, das einem jeden festen Stand gibt und ihn verhindert, sich unter Willkür und totalitäre Staatsansprüche zu beugen."

Ich wünsche mir für diese 7. Wahlperiode eine parlamentarische Kultur, in der das Argument den Vorrang vor Empörung oder dem in sozialen Netzwerken am besten zitierfähigen Satz erhält. In der wir uns mit Respekt und Würde begegnen und in der gerade die neuen politischen Verhältnisse unklarer Mehrheiten uns die Neugier und das Interesse verleihen, gemeinsam nach den besten politischen Ideen für unseren Freistaat und für das Wohlergehen der Thüringerinnen und Thüringer zu suchen.

https://www.thueringer-landtag.de/fileadmin/Redaktion/1-Hauptmenue/6-Service_und_Kontakt/3-Presse/1-Pressemitteilungen/Dokumente/Eroeffnungsrede_LP_Keller.pdf

Nebenbei notiert

„Azubi-Ticket jetzt!“

KOMMENTAR VON
MDL UTE LUKASCH

Vor allem die CDU und die AfD im Kreistag des Landkreises Greiz haben gegen die Stimmen der LINKEN entschieden, dass das Azubi-Ticket im Landkreis Greiz weiterhin keine Gültigkeit haben wird. Der Landkreis Greiz ist der einzige, in dem das Thüringer Azubi-Ticket nicht genutzt werden kann.
Es empört mich jeden Tag aufs Neue, dass allein der Landkreis Greiz den jungen Leuten dieses günstige Ticket verweigert. Damit hat sich ein weiteres Mal und für mich völlig unverständlich die Landrätin Schweinsburg (CDU) durchgesetzt. Und dies mit nicht nachvollziehbaren Argumenten, denn im Landeshaushalt 2020 sind die nötigen Mittel für das Thüringer Azubi-Ticket eingestellt. Frau Schweinsburg sucht Ausflüchte über Ausflüchte, um ihre Blockadehaltung zu begründen, aber keiner davon hält einer Überprüfung stand.

Wir bleiben dabei: Auch im Landkreis Greiz muss das Azubi-Ticket kommen. Wir lassen nicht locker, auch die Jugendlichen, die über ein Bürgerbegehren ihre Forderung „Azubiticket jetzt!“ durchsetzen wollten, und denen der Zugang dazu verwehrt wurde. Den jungen Leuten bleibt so nichts anderes übrig, als mit friedlichen, zivilen Aktionen öffentliche Aufmerksamkeit und Unterstützung zu erreichen sowie die juristische Auseinandersetzung zu suchen. Ich bin mir mit Holger Steiniger, der sich hier stark engagiert, einig, dass wir die Initiative „Azubiticket jetzt!“ im Landkreis unterstützen. Das wurde auch deutlich bei der gemeinsamen Transparent-Aktion am Rande der Kreistagssitzung.

Immer auf dem Laufenden bleiben! Mehr Infos über die Arbeit unserer Landtagsfraktion finden Sie hier:

Parlamentsreport

Alle zwei Wochen erscheint der ParlamentsReport unserer Fraktion als Beilage zur Thüringer UNZ – Unsere neue Zeitung (www.unz.de). Darin finden Sie unsere wichtigsten Themen, aktuelle Gesetzesinitiativen, Auszüge aus Landtagsreden, Berichte über Aktionen und Veranstaltungen, Hintergrundinformationen und vieles mehr. Online können Sie die aktuelle Ausgabe, sowie alle alten Ausgaben jederzeit im Internet nachlesen (www.die-linke-thl.de/nc/mediathek/parlamentsreport).

Web 2.0

Aktuelle Informationen über die Arbeit unserer Fraktion finden Sie auch auf www.twitter.com/Linke_Thl und bei www.facebook.com/linke.Thueringen, Videos von Reden und Aktionen bei www.youtube.com/Linksfraktionthl sowie Fotos unter www.flickr.com/linksfraktion-thueringen.

Video-Livestream

Einen Video-Livestream von den meist einmal im Monat stattfindenden Plenarsitzungen des Thüringer Landtages finden Sie während der Sitzungen auf unserer Webseite (www.die-linke-thl.de) und auf der Internetseite des Landtages (www.landtag.thueringen.de) eingeblendet. Dort finden Sie auch die Termine der Sitzungen.

Im Internet

Aktuelle Infos aus unserer Fraktion, Pressemitteilungen, die Kontakte zu unseren Abgeordneten, Termine, Reden und Anträge unserer Fraktion, Broschüren und Flugblätter sowie Hintergrundinfos zu unseren Positionen finden Sie im Internet unter www.die-linke-thl.de.

Ihr Beitrag zum Gelingen

Ein herzliches Dankeschön an die ausgeschiedenen zwölf Abgeordneten

Eine ganze Reihe langjähriger und verdienter Landtagsabgeordneter der LINKEN sind in der 7. Legislaturperiode des Thüringer Landtags nicht mehr dabei. In der letzten Sitzung vor der Landtagswahl hatte die Fraktion bereits jene sechs Abgeordneten verabschiedet, die schon lange vorher erklärt hatten, nicht wieder kandidieren zu wollen, und ihnen für ihre engagierte Arbeit gedankt.

Das sind Dieter Hausold, der seit 2004 dem Landtag angehörte, Margit Jung (seit 2004), Jörg Kubitzki (seit 2005), Frank Kuschel (seit 2004), Ina Leukefeld (seit 2004) und Diana Skibbe (2004 bis 2009 und seit 2012). Wir hatten im Parlamentsreport (20/19) darüber berichtet.

Unmittelbar nach dem Ende der konstituierenden Sitzung des Thüringer Landtags am 26. November, an der auch zahlreiche ehemalige Landtagsabgeordnete teilgenommen hatten, wurden in feierlicher Runde in der Linksfraktion nun auch die Mitstreiterinnen und Mitstreiter verabschiedet, die den Einzug in den Landtag nicht wieder geschafft hatten. Die Fraktionsvorsitzende Susanne Hennig-Wellsow betonte den wichtigen Beitrag, den jede und jeder der Abgeordneten für das Gelingen von Rot-Rot-Grün in Thüringen geleistet hat. Und Bodo Ramelow erinnerte an die letzten drei Jahrzehnte und die zum Teil dramatischen Herausforderungen, vor denen die Partei und ihre Abgeordneten standen.

An dieser Stelle noch einmal ein herzliches Dankeschön für die ehemaligen Landtagsabgeordneten der Fraktion DIE LINKE:

Sabine Berninger, die seit 2004 dem Landtag angehört hatte; Dr. Johanna Scheringer-Wright (2004 bis 2009 und seit 2012); Dr. Iris Martin-Gehl (seit 2015); Tilo Kummer, der dienstälteste Abgeordnete unter den Ausgeschiedenen (seit 1999); Steffen Harzer (seit 2014) und Rainer Kräuter (seit 2014).

Reaktivierung stillgelegter Bahnstrecken

Unterstützung für die Initiative des Verbandes Deutscher Verkehrsunternehmen (VDV) und der Allianz pro Schiene zur Reaktivierung von ehemaligen Schienenwegen signalisierte die verkehrspolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE, Dr. Gudrun Lukin. „Die zehn Vorschläge sind gut ausgewählt. Die Überwindung von Lücken im Schienennetz, oft im Ergebnis der deutschen Teilung entstanden, ist überfällig. Besonders unterstützen wir die Wiederherstellung der Strecke Blankenstein-Marxgrün. Seit langem setzen sich Wirtschaft und Politik in Thüringen für die Reaktivierung der Höllentalbahn ein, um den immensen Güterverkehr von der Straße wieder auf die Schiene zu bringen. Wer die Verkehrswende einleiten will, muss diese Vorschläge mit einem Förderprogramm untersetzen. Der Anfang ist durch den Bund für den Streckenausbau der Bahn gemacht, es fehlen jedoch konkrete Fördermittel für Reaktivierungen. Die vorgeschlagenen Lückenschlüsse sind nicht nur verkehrs- und umweltpolitisch notwendig, sie würden auch in vielen Fällen ein weiterer Beitrag zur deutschen Einheit sein.“

https://www.allianz-pro-schiene.de/presse/pressemitteilungen/comeback-der-schiene-zehn-vorschlaege/

Impressum HERAUSGEBER: Fraktion DIE LINKE. im Thüringer Landtag, Jürgen-Fuchs-Straße 1, 99096 Erfurt | REDAKTION: Annette Rudolph (V. i. S. d. P.), Telefon: 0361 377-2325, Fax: 0361 377-2321, E-Mail: rudolph@die-linke-thl.de, Internet: www.die-linke-thl.de | Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Materialien übernimmt die Redaktion des »Parlamentsreports« keine Haftung. Sie behält sich das Recht der auszugsweisen Wiedergabe von Zuschriften vor. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. | GESTALTUNG: Uwe Adler, Weimar, www.facebook.com/gestaltunguweadler